

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu:

Antrag der Fraktion DIE LINKE und der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion - Verschwörungserzählungen bekämpfen! Friedliches Zusammenleben sichern! - Drucksache 7/3011 (Neudruck) vom 16.02.2021

Transparenz statt Verschwörungserzählungen

Der Landtag stellt fest:

Die Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten und das daraus resultierende Nutzerverhalten haben sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts erheblich verändert. Jenseits des klassischen Presse- und Mediensystems haben sich Ebenen des Austauschs etabliert, welche durch ihre Vielfalt und Aktualität eine neue Qualität für die öffentliche Meinungsbildung darstellen. Die vielen positiven Aspekte dieser Kommunikationsformen gehen jedoch auch mit Herausforderungen und Problemen einher: Verschwörungserzählungen, gezielte Falschmeldungen, Verleumdungen, Hasskriminalität und Extremismus aller Art haben in den neuen Medien deutlich an Umfang und Einfluss zugenommen und spalten die Gesellschaft. Während der Coronapandemie wurde diese Tendenz noch einmal erheblich verstärkt. Die Auswirkungen bleiben nicht auf die kommunikative Ebene beschränkt, sondern beeinflussen die gesamte Gesellschaft, von den privaten Beziehungen bis hin zum Vertrauen in staatliche Institutionen. Die aktuellen antisemitischen Vorfälle bestätigen zudem die besorgniserregende Entwicklung, dass aus Hetze im Netz Gewalt auf den Straßen werden kann.

Ein wesentliches Merkmal der Demokratie sind Meinungs- und Pressefreiheit und die daraus erwachsenden öffentlichen Debatten. Wo dieser offene Diskursraum für die Verbreitung von gezielten Falschinformationen und Verschwörungserzählungen missbraucht wird, um Hass zu schüren, sind in einer wehrhaften Demokratie jedoch Gegenmaßnahmen erforderlich. Aus der verfassungsmäßigen Verpflichtung, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen, ergibt sich nicht nur die Verantwortung, rassistischer, antisemitischer und diskriminierender Hetze entschieden entgegenzutreten, sondern auch die gezielte Untergrabung des gesellschaftlichen Zusammenhalts abzuwenden. Ebenso wichtig ist die Erarbeitung langfristiger Strategien zur Stärkung eines verantwortungsvollen und kritischen Umgangs mit der digitalen Medienwelt und sozialen Netzwerken. Zudem gilt es, in einer zunehmend digitalisierten Welt die Fähigkeit zu schärfen, zwischen fundierten Informationen und Meinungsäußerungen zu unterscheiden und Manipulationen zu erkennen.

Eingegangen: 15.06.2021 / Ausgegeben: 15.06.2021

Der Landtag dankt allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Land, die sich für eine offene, demokratische Gesellschaft engagieren und so den Spaltungsversuchen entgegenstehen. Er schätzt und würdigt die Arbeit zahlreicher ehren- und hauptamtlicher Akteure, welche den Betroffenen zur Seite stehen und ihnen bei der Bewältigung des erlittenen Unrechts Hilfestellung leisten.

Der Landtag sieht es als Aufgabe aller staatlichen und politischen Ebenen an, der Verbreitung von Verschwörungserzählungen, gezielten Falschmeldungen und Verleumdungen entgegenzutreten. Dem Landtag, der Landesregierung, den Kommunen und ihren Vertretungen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird im Rahmen der verfügbaren Personalstellen und Haushaltsmittel aufgefordert,

1. besondere Sensibilität im Umgang mit sozialen Medien im Hinblick auf die veränderte Debattenkultur zu legen und bei wichtigen oder kontroversen Themen frühzeitig auf Beteiligung der Öffentlichkeit zu setzen, um gezielten Falschinformationen durch Kommunikation und Richtigstellungen entgegenzutreten;
2. ein Konzept zur stärkeren Verschränkung von Medienbildung und politischer Bildung bzw. Demokratiebildung an Schulen zu entwickeln, welches insbesondere folgende Bestandteile beinhalten soll:
 - grundlegende thematische Verankerung der Medien- und Demokratiebildung in allen Phasen der Lehrkräfteausbildung,
 - regelmäßige Fortbildungen für das an Schulen pädagogisch tätige Personal (auch regional bzw. vor Ort) zu aktuellen Entwicklungen einschließlich der Mediennutzung junger Menschen,
 - Thementage oder Themenwochen mit digitalen und medialen Schwerpunkten an den Schulen, insbesondere mit dem Ziel einer Debattenkultur, anzuregen,
 - stärkere Auseinandersetzung mit der Rolle sozialer Medien im Unterricht,
 - Stärkung der Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen, insbesondere unter Nutzung der vielfältigen Angebote der Bundeszentrale und der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung,
 - Förderung der Bildung sozialer Kompetenzen im Hinblick auf Diskussionskultur und respektvollen Umgang auch bei unterschiedlicher Auffassung,
 - Unterstützung der Entwicklung der Interaktionsqualität von Lehrerinnen und Lehrern sowie Fachkräften der Jugendhilfe durch fortlaufende dialogische Werteklärungs- und Reflexionsprozesse im Schulteam und in der Jugendarbeit;
3. im Rahmen des „Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg“ Beratungsangebote an Betroffene von Verschwörungserzählungen im Freundes-, Arbeits- oder Bekanntenkreis zu unterbreiten. Auch kommunalen Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern sollen derartige Möglichkeiten in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden angeboten werden, wenn diese in den Fokus verschwörungstheoretischer Aktivitäten oder gezielter Diffamierungen geraten;

4. die Ergebnisse der kürzlich vom Ministerium des Innern und für Kommunales in Auftrag gegebenen Studie zur Bedrohungssituation von kommunalen Amts- und Mandatsträgern zu berücksichtigen;
5. sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass dieser in Auswertung bestehender wissenschaftlicher Analysen und Studien das Profil sowie die psychologischen und soziologischen Ursachen zunehmender Verschwörungserzählungen und deren Resonanz eingehend beleuchtet. Daraus sollen Schlussfolgerungen zur zukünftigen Stärkung der Resilienz der Bürgerinnen und Bürger gezogen werden, um darauf aufbauend Angebote zur Stärkung der Netz- und Medienkompetenz für alle Altersgruppen zu entwickeln und anzubieten. Über die Ergebnisse ist dem Ausschuss für Inneres und Kommunales zu berichten;
6. mit der Landeszentrale für Politische Bildung unter Hinzuziehung weiterer fachlich kompetenter Stellen wie der Fachstelle für Antisemitismus des Moses Mendelssohn Zentrums einen Sonderschwerpunkt Verschwörungserzählungen zu entwickeln. Dabei sollen Formate und Leitfäden zur Aufklärung oder Richtigstellung manipulativer oder gezielt verbreiteter Falschinformationen mit signifikantem Verbreitungsgrad entwickelt werden;
7. die Sicherheitsbehörden wie Polizei und Verfassungsschutz dabei zu unterstützen, Hasskriminalität mit aller Vehemenz zu bekämpfen. Wo die Verbreitung von Verschwörungserzählungen die Schwelle zur Verfassungsfeindlichkeit überschreitet, sollen die angemessenen Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention vorgenommen werden;
8. über die Zentralstelle für Hasskriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft einen engen Austausch mit den im Land tätigen Vereinen und Organisationen, die sich diesem Thema widmen, zu etablieren und zu pflegen, um bei den Betroffenen Vertrauen in die staatlichen Akteure zu stärken bzw. zurückzugewinnen.